

**Stadtverordneter Andreas Ernst**

**Vorlage Nr. 101.18.1420**

**Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus**

**Antrag**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind bundesweit eine Gefahr für unser friedliches Zusammenleben. Diese sicherheitspolitische Herausforderung übersteigt die Gefährdungen durch organisierte Kriminalität und islamistischen Extremismus. Rassistische Hetze, Morddrohungen gegen politische, behördliche und ehrenamtliche Vertreter\*innen sind zum Alltag vor allem in den sozialen Netzwerken geworden. Das lassen wir nicht zu.

Rechtsextreme Netzwerke gefährden Leib und Leben von Bürger\*innen und wollen den demokratischen Staat, seine Vertreter\*innen und die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Das Ziel des rechten Terrors ist es, die demokratische Gesellschaft zu delegitimieren und zu destabilisieren, um sich selbst als alleinige Ordnungsmacht zu präsentieren. Kommunalen Institutionen der Stadt Kassel wie auch den Bürger\*innen ist diese Gefährdungslage mit den NSU Morden und dem Mordanschlag auf Dr. Walter Lübcke noch stärker bewusst geworden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel soll daher jährlich über die  
aktuelle Gefährdungslage durch rechtsextremistische Akteure unterrichtet  
werden, um die Gefährdungslage einschätzen zu können und notwendige  
Gegenmaßnahmen zur Abwehr und zur Prävention entwickeln zu können. Der  
Magistrat wird gebeten, dazu Vertreter der zuständigen Behörden und befasste  
Beratungsstellen wie das Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) in den  
Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen.

2 von 2

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Norbert Sprafke

Patrick Hartmann  
Fraktionsvorsitzender SPD

Boris Mijatovic  
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Andreas Ernst  
Stadtverordneter